

Redebeiträge anlässlich der Kundgebung: „Solidarisch aus der Krise“,

Universitätsplatz Heidelberg am 29.08.2020

Solidarisch aus der Krise

Der Aufruf zu dieser Veranstaltung hat es schon deutlich gemacht:

Solidarität in Zeiten von Corona kann nicht nur heißen, dass wir die Corona-Schutzmaßnahmen beachten, Masken tragen und Abstand wahren.

Solidarität heißt auch nicht: Solidarität der Schwachen mit den Starken.

Wenn der Karstadt-Kaufhof-Konzern den Staat für seine Pleite verantwortlich macht wegen des Lockdowns, obwohl er schon vor der Pandemie aus Gewinnmaximierungsgründen zahlreiche Standorte schließen wollte, ist das ein Skandal. Die Belegschaft in Mannheim kämpft um ihre Arbeitsplätze. Unsere Solidarität gilt den kämpfenden Kolleginnen und Kollegen, nicht dem Karstadt-Kaufhof-Konzern!

Solidarität ist eben das: Die Schwachen schließen sich zusammen, um für ihre Rechte zu kämpfen, und die Unterstützung durch Stärkere ist willkommen.

Der Schutz der Schwachen gerät in der Pandemie aus dem Blick. Kinder, Jugendliche und Auszubildende ohne Internet-Zugang sind benachteiligt, waren es insbesondere in der Zeit der Schulschließungen.

Die Schutzsuchenden, die aus den Kriegs- und Krisengebieten des Nahen oder mittleren Ostens und aus Afrika auf den griechischen Inseln in den hotspots festgehalten werden, sind kaum ein Thema mehr, und die Bemühungen um die Verteilung von Geflüchteten auf die europäischen Länder noch weniger. Vorne an steht die Bekämpfung der Pandemie und die Rettung der Wirtschaft, sprich der Unternehmen.

Der dem Kapitalismus eingeschriebene Expansionsdrang, der von jeher Fluchtursachen schuf, erscheint dabei als das natürliche Recht des Stärkeren. Nur in intellektuellen Nischen der Gesellschaft wird über gerechten Welthandel geredet. Selten schafft es ein Thema aus diesem Bereich in die aktuelle Politik, wie jetzt die Forderung nach dem Lieferkettengesetz.

Und die Frage ist offen, was daraus wird.

Wir verlangen, dass die politische Klasse in Europa, die Demokratie und Humanität als europäische Grundwerte preist, daraus endlich Konsequenzen für ihr Handeln zieht:

Evakuiert die Lager! Evakuiert die griechischen Lager jetzt! Nehmt die Geflüchteten dort auf, wo Menschen sich dazu bereit erklären: Viele Städte haben sich dazu bereit erklärt, Geflüchtete aufzunehmen. Übrigens auch Heidelberg.

Schafft sichere Rettungswege!

Setzt das Asylrecht wieder in Kraft!

Und tut alles, um die Fluchtgründe zu beseitigen:

Waffenexporte Stopp!

Gerechte Handelsverträge mit Afrika!

Rede zum Bürgerbegehren Ankunftszentrum

Am 18 Juni hat der Heidelberger Gemeinderat mit knapper Mehrheit unter maßgeblicher Mitwirkung der Grünen beschlossen, dass Ankunftszentrum für Flüchtlinge von Patrick-Henry-Village in die Wolfsgärten zu verlegen. Dies weitgehend unbekanntes Areal liegt im Autobahnkreuz Heidelberg, zwischen 2 Autobahntrassen, einer viel befahrenen Landstraße und einer 5-gleisigen Bahnstrecke.

2 schmale Zufahrten sind Aus- und Eingang des Areals. Es ist eingeschlossen, und drumherum ist sonst nichts. Durch die Unterführung Richtung Wieblingen gelangt man in das Wieblinger Gewerbegebiet. Wenn man sich ein Ghetto ausdenken wollte, dann hier. Im Vergleich mit dem jetzigen Standort, ist viel weniger Platz, es wird keinerlei Platz für Freizeitaktivitäten geben, nicht mal für einen Spielplatz für die Kinder.

Gleichzeitig wird hochwertiger Ackerboden versiegelt und eine Kaltluftschneise, die für die Belüftung von Wieblingen und Eppelheim wichtig ist, verbaut.

Die Alternative wäre gewesen, die Integration des Ankunftsentrums in den neu zu gestaltenden Stadtteil Patrick-Henry-Village, oder wie immer er dann heißen wird, Integration im Sinne von Zusammenleben der Menschen - egal welcher Herkunft, Hautfarbe, welchen Alters, welcher Religion.

Diese Chance hat die gelb-grün-schwarze Gemeinderatsmehrheit vertan. Wir sind traurig und wütend darüber. Besonders geärgert hat mich das Argument: Wenn da die Flüchtlinge sind, zieht da doch niemand hin! Wenn da das Ankunftszentrum ist, zieht da doch niemand hin! Und ganz subtil: Das Ankunftszentrum wäre ein baulicher Solitär und passe nicht zu den architektonischen Entwürfen der Internationalen Bauausstellung.

Vorauszusetzen, dass die - wohnungsuchenden - Menschen so ticken, wie diejenigen, die dies so sagen, ist eine glatte Unverschämtheit. Sie unterstellt ihnen Rassismus, der vor allem aber in den Köpfen derer vorhanden ist, die sich diese Argumente ausdenken.

Wir wollen endlich eine andere Gesellschaft! Eine Gesellschaft, in der es nicht darum geht, woher jemand kommt, und wie viele Jahre er oder sie schon hier lebt. Sondern eine Gesellschaft, in der wir unser Zusammenleben solidarisch organisieren, von der Krippe bis zum Altenheim.

Die Unterschriftensammlung für unser Bürgerbegehren wird wohl erst in der zweiten Hälfte September anlaufen. Denn die Stadt muss einige Vorarbeiten leisten, und sie nimmt sich Zeit, die wir für das Unterschriftensammeln dringend brauchen. Aber vorher können wir nicht anfangen.

Wir laden aber alle Unterstützer*innen zu einem Treffen am 3.9., 18.30-20 Uhr in die Kurfürstenanlage 58, Urban Innovation, ein. Man kann auch virtuell teilnehmen. An unserem Stand liegen Flyer mit der Adresse! Wir brauchen dringend Unterstützung!

Danke für Eure Unterstützung!